

**Offener Brief von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern
an die Ministerpräsidenten der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen
und die Oberbürgermeister der Städte Mainz und Wiesbaden**

Mainz, den 11. März 2008

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Beutel,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Müller,

das von der KMW AG geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue steht seit längerer Zeit in der öffentlichen Diskussion. Die Kritik konzentriert sich bisher auf die Bereiche der drohenden Umwelt- und Klimaschäden sowie Gesundheitsgefährdungen, die vom Betrieb des Kraftwerks ausgehen. Wir stellen darüber hinaus die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens in Frage, die bisher nicht ausreichend diskutiert wurde.

Die KMW AG ist ein kommunales Unternehmen, und ein wirtschaftlicher Misserfolg des Kohlekraftwerkes hätte direkt und indirekt negative Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Städte. Die überschuldete Stadt Mainz wäre besonders massiv betroffen.

Wir sind der Meinung, dass das geplante Kohlekraftwerk mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken verbunden ist, und es auch aus diesem Grund dringend geboten ist, die Kraftwerkspläne zu überdenken. Dies begründet sich zum einen durch eine nähere Betrachtung der veröffentlichten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen der KMW AG, zum anderen durch die jüngste Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU gGmbH) und des Arrhenius Instituts für Energie- und Klimapolitik zum Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg.

Die KMW AG beruft sich auf die von ihr im Jahr 2005 in Auftrag gegebene Studie einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die im Jahr 2006 dem Stadtrat gemeinsam mit einem Informationsmemorandum vorgelegt wurde (KMW AG, Informationsmemorandum zum Stand der Planung, Bau eines Steinkohleheizkraftwerkes, einschl. Anlagen, Mainz 2006). Die KMW AG geht dabei von folgenden Annahmen aus:

- Der Steinkohlepreis liegt bei 60,50 €/tSKE frei Hafen, wobei die Kostendeckung (break-even) bis zu einem Steinkohlepreis von rund 80 €/tSKE gegeben sei; der Steinkohlepreis entwickelt sich stabiler als der Öl- und Gaspreis.
- Kosten für CO₂-Emissionsrechte fallen nicht bzw. in unerheblichem Maße an.
- Der Strompreis bleibt konstant auf hohem Niveau (Annahme von 42,5 €/MWh für den erzielbaren Basispreis)
- Erlös und Kosten werden über die angenommene Laufzeit von 30 Jahren im Endergebnis als konstant angenommen, d. h. Kohlepreise, Wechselkurse, andere Kostenfaktoren und Strompreise ändern sich nicht (bzw. Änderungen kompensieren sich).

- Die Betrachtung umfasst weitestgehend lediglich betriebswirtschaftliche Kosten, d. h. zusätzliche volkswirtschaftliche Kosten etwa in Form externer Umwelt- und Gesundheitsschäden werden ausgeblendet.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich jedoch bereits in der Zwischenzeit geändert:

- Der Preis für Steinkohle liegt bereits heute trotz des extrem starken Euro (1 € = 1,53 US-\$) bei über 87 €/tSKE (ARA, 07.03.2008: 134 US-\$)

Der Preisanstieg für Steinkohle (in US-\$) betrug über 90% in einem Jahr. Der Steinkohlepreis liegt damit deutlich oberhalb des in der Wirtschaftlichkeitsstudie angegebenen „break-even“-Preises von 80 €/tSKE. Eine Entspannung ist laut den meisten Investmentbanken und laut der citiworks AG Deutsche Stadtwerke Allianz Analyse nicht in Sicht.

- Die EU-Kommission sieht vor, dass Energieerzeuger ab 2013 CO₂-Emissionsrechte komplett ersteigern oder auf dem Markt erwerben müssen, also keine unentgeltliche Zuteilung erfolgen wird. Die Terminkurse für Emissionsberechtigungen belaufen sich derzeit auf um die 20–24 €

In der Wirtschaftlichkeitsrechnung müssen die Kosten für CO₂-Emissionsrechte daher umfassend berücksichtigt werden. Bei einem erwarteten Ausstoß von ca. 4,6 Mio. t CO₂ pro Jahr könnten, unter derzeitigen Marktbedingungen, Kosten in Höhe von 90 Mio. € oder mehr jährlich anfallen.

- Der Strompreis ist keineswegs konstant und folgt auch nicht grundsätzlich einem steigenden Trend. So sank der mittlere Phelix Day Base-Strompreis zum Beispiel von ca. 50 €/MWh im Jahr 2006 auf 38 €/MWh im Jahr 2007 (eex, 2008)
- Die Preise für Strom und Rohstoffe entwickeln sich nicht automatisch mit dem gleichen Trend oder den gleichen Steigerungsraten, wie an der Entwicklung der Kohle- und Strompreise der letzten zwei Jahre zu erkennen ist. Damit ist die Annahme, Kostensteigerungen auf der Beschaffungsseite könnten stets über Erlössteigerungen ausgeglichen werden, nicht haltbar.

Die Wettbewerbsfähigkeit des geplanten Kohlekraftwerks wird umso kritischer, je größer der Anteil regenerativer – und damit nicht durch Kosten für CO₂- Zertifikate belastete – Energien an der Stromerzeugung wird. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass sich schon heute ein hoher Windstromanteil dämpfend auf den Strompreis an der Börse auswirkt. Da ein steigender Anteil regenerativer Energien an der Gesamtstromerzeugung aus Klima- und Umweltschutzgründen notwendig und politisch gewünscht ist, ist zu erwarten, dass sich die

Rohstoffpreisentwicklung zunehmend von der Strompreisentwicklung entfernt. Rohstoffkosten dürften sich vielmehr überproportional zum Strompreis entwickeln. Außerdem muss der Absatzmarkt differenzierter analysiert werden. Immer mehr Kunden steigen auf Strom aus erneuerbaren Energieträgern um, und auch der überregionale Stromexport kann nicht unabhängig vom Anbieterwettbewerb und der EU-Quote für Elektrizität aus regenerativen Energien betrachtet werden.

Weiterhin ist es fraglich, wie die Städte Mainz und Wiesbaden das Feinstaubproblem in den Griff bekommen möchten, wenn schon heute die Grenzwerte fast überschritten werden und die verschärften EU-Grenzwerte von 25 Mikrogramm je Kubikmeter Luft ab 2015 eingehalten werden müssen. Die zur Einhaltung erforderliche finanzielle Belastung für Kommunen, Unternehmen und Bürger wird durch die Schadstoffausstöße des geplanten Kohlekraftwerks deutlich erhöht.

Alles in allem sind mit dem geplanten Kohlekraftwerk gewaltige wirtschaftliche Risiken verbunden. Wir fordern daher dringend, die Wirtschaftlichkeit des geplanten Kohlekraftwerks in Mainz neu, unter plausibleren Annahmen und gegenüber Alternativen mit geringeren Umwelt- und Gesundheitsschäden zu überprüfen sowie das Ergebnis den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich zu machen.

Wir halten es für sehr bedauerlich, dass der Aufsichtsrat der KMW AG am 28. Februar d. J. den Vertrag mit einem Unternehmenskonsortium zur Errichtung des Kraftwerks bestätigt hat. Aufsichtsräte sind zu Sorgfalt und zum Schutz des Unternehmens vor unkalkulierbaren Risiken verpflichtet. Von einem öffentlichen Unternehmen ist außerdem die Berücksichtigung darüber hinausgehender sozioökonomischer Wirkungen zu erwarten.

Wir richten an Sie, die obersten politischen Entscheidungsträger der betroffenen Bundesländer bzw. Kommunen, die Bitte, die Entscheidung zum Bau des 800 MW-Steinkohleheizkraftwerks zu überdenken. Vor allem bitten wir Sie darum, für die Erstellung und Veröffentlichung einer aktuellen, realitätsnahen und umfassenden Wirtschaftlichkeitsanalyse Sorge zu tragen und bis zu deren öffentlichen Diskussion ein Moratorium zu bewirken.

Mit freundlichen Grüßen

Die unterzeichnenden 27 Professorinnen und Professoren der Wirtschaftswissenschaften sowie Führungskräfte aus den Bereichen Banken, Investition, Controlling und Betriebswirtschaft (*siehe nächste Seite*)

V. i. S. d. P.: Ludwig Josef Albinus
Prof. Dr. Margareta Kulessa

Die Unterzeichnenden:

- Ludwig-Josef Albinus, Dipl.-Betriebswirt, Mainz, Leiter Rechnungswesen und Controlling (Privatbank)
- Dr. Margareta Kulesa, Mainz, Professorin für Volkswirtschaftslehre
- Dr. Martina Bätzel, Dipl.-Volkswirtin, Mainz, Prokuristin (Investment Manager)
- Andreas Engelhart, Dipl. Betriebswirt, Wiesbaden, Leiter Controlling (Groß-/Investmentbank)
- Hermann Günther, Betriebswirt, Biebergemünd, Geschäftsleiter (Privatbank in Frankfurt)
- Bernd Haferstock, Dipl.-Mathematiker, Mainz, Leiter Investment Consulting
- Dr. Peter F. Heil, Heidelberg, Professor für Betriebswirtschaftslehre (in Mainz)
- Dr. Carsten Helm, Darmstadt, Professor für angewandte Mikroökonomik
- Dr. Werner Hillebrand, Wiesbaden, Professor für Betriebswirtschaftslehre
- Dr. Lorenz Jarass, M. S. (Stanford Univ., USA) Wiesbaden, Professor für Wirtschaftswissenschaften
- Dr. Kurt Koeder, Ingelheim, Professor für Betriebswirtschaftslehre
- Dr. Jörg Mehlhorn, Kronberg, Professor für Betriebswirtschaftslehre
- Michael Montag, Dipl. Kaufmann, Königstein, Geschäftsleiter (Privatbank)
- Dr. Matthias Oschinski, Dipl.-Volkswirt, Bonn, Dozent für Volkswirtschaftslehre (in Mainz)
- Dr. Daniel Porath, Mainz, Professor für BWL und quantitative Methoden
- Roberta Porten, Dipl. Volkswirtin, Mainz, Finance Manager (Finanzdienstleister)
- Dr. Utz-Peter Reich, Mainz, Professor für Volkswirtschaftslehre
- Dr. Franz Rothlauf, Mainz, Professor für BWL und Wirtschaftsinformatik
- Prof. Dr. Kurt Scharnbacher, Sörrenloch
- Herbert Schmidt, Betriebswirt, Friedberg, Generalbevollmächtigter, Leiter Rechnungswesen und Steuern (Groß-/Investmentbank in Frankfurt)
- Susann Schubert, Dipl.-Wirtschaftspädagogin, Mainz, Fachleiterin Betriebswirtschaft
- Dr. Ulrich Schüle, Schwabenheim, Professor für Volkswirtschaftslehre
- Ulrich Schweers, Dipl.-Wirtschaftspädagoge, Mainz-Kastel, Abteilungsleiter
- Dr. Agnes Sputek, Wiesbaden, Professorin für Volkswirtschaftslehre
- Lothar Steiger, Dipl.-Betriebswirt, Hohen-Sülzen, Dozent für BWL und Wirtschaftsinformatik
- Matthias Volkert, Dipl.-Betriebswirt, CEFA, Mainz, Prokurist, Finanzanalyst (Großbank)
- Berno Wienke, Dipl.-Volkswirt, Mainz, Manager, Accounting & Controlling (Investmentbank)

Nach dem 11. März 2008 (13 Uhr) haben unterzeichnet:

- Dr. Christiane Heitmeyer, Dipl.-Volkswirtin, Mainz, Abteilungsdirektorin (Privatbank)
- Dr. Christian Harff, Dipl. Volksw., Frankfurt/M., Financial Engineer (Privatbank)
- Dr. Jakob Weinberg, Seeheim-Jugenheim, Professor für E-Business (in Wiesbaden)

(Stand: 12. März 2008, 14.00 Uhr)

Die Unterschriftenliste ist auch nach dem 13. März 2008 offen zum Unterzeichnen. Professor/innen und Expert/innen der Praxis aus den einschlägigen Bereichen (Wirtschaftswissenschaften, Banken, Investment u. ä.) sind herzlich eingeladen, ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung zu mailen an Margareta Kulesa unter folgender Adresse:

[WiWi Brief unterzeichnen@t-online.de](mailto:WiWi_Brief_unterzeichnen@t-online.de)